

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	15
Vorwort (Deutsch und Georgisch)	23
Einleitung	25
1. Teil: Die Aufhebung von Verwaltungsakten im georgischen Recht	29
§ 1 Begriff und Bedeutung des Verwaltungsakts im georgischen Recht.....	29
I. Geschichtliche Entwicklung des Begriffs Verwaltungsakt	29
1. Der Verwaltungsakt in der sowjetischen bzw. georgischen Lehre	29
a) Der Begriff des Verwaltungsakts.....	29
b) Die Merkmale des Verwaltungsaktes.....	31
c) Die Bedeutung des Verwaltungsaktes	33
d) Resümee	34
II. Begriff und Bedeutung des Verwaltungsaktes.....	37
1. Bedeutung des Verwaltungsaktes.....	37
a. Materieellrechtliche Bedeutung.....	38
b. Verfahrensrechtliche Bedeutung.....	38
c. Prozeßrechtliche Bedeutung	39
d. Vollstreckungsrechtliche Bedeutung.....	40
2. Die Begriffselemente des Verwaltungsaktes	40
a) ...von einer Verwaltungsbehörde ... erlassener... Rechtsakt.....	40
b) Verwaltungsakt ist ein... auf der Grundlage der verwaltungs- rechtlichen Gesetzgebung erlassener... Rechtsakt”	42
c) Verwaltungsakt ist... individueller Rechtsakt	44
d) Der Verwaltungsakt ist... ein Rechtsakt	45
e) „...der die Rechte und Pflichten... bestimmt, ändert, auflöst oder feststellt ”	47
III. Problemfälle bei der Bestimmung als Verwaltungsakt	48
§ 2 Aufhebungsvorschriften des georgischen Rechts	50
I. Begriffliche Klärungen.....	50

1. Der Begriff der Aufhebung.....	50
2. Der Begriff des Verwaltungsakts	51
a) Die Fehlerfreiheit des Verwaltungsakts.....	52
b) Der maßgebliche Zeitpunkt.....	52
II. Der Rechtsschutz gegen die Aufhebung begünstigender Verwaltungsakte	53
III. Nichtigkeitserklärung von Verwaltungsakten.....	55
1. Die Nichtigkeitserklärung begünstigender Verwaltungsakte.....	56
2. Der Vertrauenstatbestand bei der Nichtigkeitserklärung begünstigender Verwaltungsakte.....	58
3. Ausgleichsanspruch.....	60
4. Nichtigkeitserklärung nicht begünstigender Verwaltungsakte	60
IV. Außerkraftsetzung von Verwaltungsakten.....	61
1. Einleitung.....	61
2. Geltung des Art. 61 VGB für rechtswidrige Verwaltungsakte	61
3. Die Aufhebung im Widerspruchsverfahren	63
4. Die einzelnen Gründe der Außerkraftsetzung des Art. 61 Nr. 2 VGB	64
a) Die Zulassung der Außerkraftsetzung durch Rechtsvorschrift (Art. 61 Nr. 2 a VGB)	64
b) Die Zulassung der Außerkraftsetzung durch Widerrufsvorbehalt (Art. 61 Nr. 2 b VGB)	65
c) Die Nichterfüllung einer mit einem Verwaltungsakt bestimmten Pflicht (Art. 61 Nr. 2 c VGB)	65
d) Die Änderung der Rechtslage (Art. 61 Nr. 2 d VGB)	66
e) Die Änderung der Sachlage (Art. 61 Nr. 2 e VGB).....	67
f) Der Entzug der Berechtigung zum Erlass des Verwaltungsakts.....	67
g) Die Gefährdung des öffentlichen Interesses.....	68
h) Der Vertrauenstatbestand bei der Außerkraftsetzung.....	68
5. Die Rechtsfolgen der Außerkraftsetzung rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte nach Art. 61 VGB	70
a) Der Wegfall der Wirksamkeit.....	70
b) Vertrauensschutz und Entschädigungsanspruch des Betroffenen nach Art. 61 Nr. 4 VGB.....	71
6. Außerkraftsetzung belastender Verwaltungsakte	73

Teil 2: Vertrauensschutzrechtliche Strukturen von Rücknahme und Widerruf im deutschen Recht.....	75
---	-----------

§ 1 Begriffsbestimmungen.....	75
I. Der Begriff des Verwaltungsakts.....	75
II. Der Begriff der Rücknahme und des Widerrufs	76
III. Der Begriff des rechtmäßigen bzw. des rechtswidrigen Verwaltungsakts.....	77
1. Die Fehlerfreiheit des Verwaltungsakts.....	77
2. Meinungsstand über den maßgeblichen Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes im Verwaltungsverfahrensrecht	77
a) Die herkömmliche Auffassung.....	77
b) Die Auffassung von Lange.....	78
c) Die Auffassung von Schenke	79
d) Die Auffassung von Kopp.....	80
e) Die Rechtsprechung.....	80
f) Die neue Regelung des Gesetzgebers	82
IV. Der Begriff des begünstigenden und des belastenden Verwaltungsakts.....	82
1. Der Begriff des begünstigenden Verwaltungsakts	82
2. Der Begriff des belastenden Verwaltungsakts	83
§ 2 Der Grundsatz des Vertrauensschutzes	84
I. Entwicklung des Vertrauensschutzprinzips	84
II. Die Funktion des Vertrauensschutzes im Verwaltungsrecht.....	86
III. Vertrauensschutz und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.....	87
IV. Verfassungskonforme Auslegung des Vertrauensschutzprinzips.....	89
1. Vertrauensschutz und Rechtsstaatsprinzip.....	90
2. Vertrauensschutz und Art. 1 I GG.....	93
3. Vertrauensschutz und Treu und Glauben	94
4. Vertrauensschutz und Sozialstaatsprinzip.....	97
5. Vertrauensschutz und Art. 2 I GG.....	98
6. Vertrauensschutz und Art. 3 I GG.....	99
7. Vertrauensschutz und Art. 14 I 1 GG.....	102
8. Zurück zum Rechtsstaatsprinzip.....	104
§ 3 Vertrauensschutzrechtliche Struktur von § 48 VwVfG	105
I. Rücknahme von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten	107
1) Die Interessenabwägung	108
2) Die Ermessensabwägung	109
3) Ausschlussgründe für ein schutzwürdiges Vertrauen	110
a) Erwirkung des Verwaltungsaktes durch unlautere Mittel.....	110

b) Erwirkung des Verwaltungsaktes durch fehlerhafte Angaben	110
c) Kenntnis oder grobfahrlässige Unkenntnis der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes	111
4) Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch.....	112
II. Die Rücknahme sonstiger begünstigender Verwaltungsakte	113
1. Allgemeines	113
2. Voraussetzungen für den Ausgleich des Vermögensnachteils.....	114
3. Umfang der zu ersetzenden Vermögensnachteile	115
4. Rücknahmefrist (§ 48 IV VwVfG)	116
§ 4 Widerruf und Vertrauensschutz.....	116
I. Allgemeines	116
II. Die einzelnen Ausnahmetatbestände.....	118
1. Die Zulassung des Widerrufs durch Rechtsvorschrift oder durch Widerrufsvorbehalt (§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 VwVfG)	118
2. Nichterfüllung einer Auflage (§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 VwVfG)	120
3. Zweckentsprechende Verwendung von Zuwendungen (§ 44a BHO a.F., §49 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VwVfG).....	121
4. Nachträgliche Änderung der tatsächlichen Verhältnisse (§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 VwVfG)	123
5. Nachträgliche Änderung der Rechtslage (§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwVfG)	123
6. Schwere Nachteile für das Gemeinwohl (§ 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 VwVfG)	124
7. Vertrauensschutz und Entschädigung.....	125
§ 5 Der Vergleich zwischen der deutschen und der georgischen Vertrauensschutzlösung	127
Teil 3: Die Europäisierung des Vertrauensschutzes	129
§ 1 Die Typisierung des gemeinschaftsrelevanten Verwaltungshandelns	129
I. Unmittelbarer Vollzug.....	129
II. Mittelbarer Vollzug	130
III. Verwaltungshandeln unter Beachtung des Gemeinschaftsrechts	130
§ 2 Die Anforderungen an die Anwendung nationales Rechts beim Vollzug von EG-Recht	131
I. Einführung in die Problemstellung	131

II. Ausführungen des Europäischen Gerichtshofs	133
III. Anforderungen an die Anwendung nationales Rechts bei der Rückforderung von Gemeinschaftsbeihilfen	136
1. Effektivitätsgebot	136
2. Diskriminierungsverbot	137
3. Berücksichtigung der Gemeinschaftsinteressen in vollem Umfang.....	137
IV. Anforderungen an die Anwendung nationales Rechts bei der Rückforderung nationaler Beihilfen unter Aufsicht der Gemeinschaften	138
§ 3 Die Interpretation der §§ 48, 49 VwVfG.....	139
I. Ausschluss des Vertrauens bei positiver Kenntnis des Nichtvorliegens des Notifikationsverfahrens.....	139
II. Die Beurteilung der Abwägung des privaten mit dem öffentlichen Interesse gemäß § 48 II S. 1 VwVfG.....	141
III. Die Ermessensentscheidung nach § 48 I S. 1 VwVfG.....	144
IV. Die Rücknahmefrist gemäß § 48 IV VwVfG.....	145
V. Die Interpretation des § 49 a I, II VwVfG.....	148
§ 4 Zusammenfassung.....	149
Zusammenfassung in georgischer Sprache	153